

Arbeitspapier/Dokumentation

herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Nr. 97
Karl-Heinz Kamp/Konrad-Adenauer-Stiftung

Die NATO nach dem Prager Gipfel Eine Globale und „präventive“ Allianz?

Sankt Augustin, Januar 2003

Ansprechpartner: Dr. Karl-Heinz Kamp
Leiter der Abteilung Planung und Grundsatzfragen
„Internationale Zusammenarbeit I“
Telefon: 0 22 41/2 46-2 52
Telefax: 0 22 41/2 46-8 70
E-Mail: karl-heinz.kamp@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin

Inhalt

I. DER WEG ZUM GIPFEL	2
II. KONSEQUENZEN VON PRAG	4
1. Die erweiterte NATO - eine "amerikanischere" Allianz.....	5
2. Die steigende Bedeutung des "Militärischen" im Bündnis	7
3. Hin zu einer "globalen" NATO	9
4. Die NATO auf dem Weg zur Präemption.....	11
III. KONSEQUENZEN FÜR DIE DEUTSCHE POLITIK	15

I. Der Weg zum Gipfel

Tagungen des NATO-Rates auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs sind langfristig vorbereitete und fein orchestrierte Ereignisse, die stets besondere Wegmarken für die Allianz darstellen. Dabei kommt es vor, dass diese eingangs vorgesehene Dramaturgie von aktuellen Ereignissen überholt wird und grundlegend verändert werden muss. So war aus dem letzten NATO-Gipfel in Washington im April 1999, der ursprünglich das 50-jährige Bestehen der Allianz gebührend würdigen sollte, schlagartig ein "Kriegsgipfel" geworden, nachdem die NATO am 24. März 1999 mit den Luftangriffen im Kosovo begonnen hatte.

Dem Gipfeltreffen in Prag im November 2002 war ein ähnliches Schicksal beschieden. Anfangs sollte dieser "Enlargement Summit" vor allem die Verwirklichung der zweiten Runde der NATO-Erweiterung zum Gegenstand haben und die damit verbundenen Fragen - wie etwa die Auswahl der Kandidaten und die Position gegenüber Russland - lösen. Die Geschehnisse des 11. September 2001 veränderten die internationale Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik aber grundlegend und hatten fundamentale Auswirkungen auf die Fortentwicklung der NATO. Mit den Worten "use it or lose it" setzte sich NATO-Generalsekretär Robertson dafür ein, dass bereits einen Tag nach den Terroranschlägen erstmalig der Bündnisfall gemäß Artikel 5 des NATO-Vertrages ausgerufen wurde. Der von den USA verkündete Krieg gegen den internationalen Terrorismus und die Nicht-Einbeziehung der NATO in die Kämpfe in Afghanistan machten den Anpassungsbedarf des Bündnisses offensichtlich. Aus dem "Enlargement Summit" war unverhofft ein "Transformation Summit" geworden.

Dabei schien die mit dem 11. 9. verbundene Fundamentalkritik an der Existenz der NATO zunächst vorübergehender Natur zu sein. Hielten viele Beobachter es unmittelbar nach dem Beginn der Bombenangriffe in Afghanistan am 7. Oktober für ausgemacht, dass eine auf den Konsens von 19 Mitgliedern angewiesene Institution in einer Welt rasch wechselnder terroristischer Bedrohungen keine Zukunft haben könne, so legte sich dieser Pessimismus sehr bald. Zum einen war offensichtlich, dass die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus nach dem 11. 9. zwar im Mittelpunkt des Interesses stand, sie aber keineswegs die einzige künftige Sicherheitsgefährdung für die NATO-Mitglieder darstellen würde. Auch wurden sich Mitglieder der Bush-Administration der Tatsache bewusst, dass die NATO nach wie vor die einzige vertragliche Verbindung zwischen den USA und Europa darstellt, die zu beschädigen den Interessen der USA grundlegend zuwiderliefe. Zunehmend wurde von einzelnen Stimmen in Washington eingestanden, dass die Nicht-Einbeziehung der NATO in die Maßnahmen gegen das Al-Qaida Netzwerk zumindest politisch ein Fehler gewesen sein könnte. Das viel

zitierte Wort von Verteidigungsminister Rumsfeld, demzufolge die Mission die Allianz bestimme ("the mission determines the coalition") und nicht umgekehrt, fiel immer seltener.¹ Offenbar erkannte man in Washington mit Blick auf künftige Krisen den Wert der NATO auch jenseits der reinen militärischen Leistungsfähigkeit. Die gelegentlich belächelte Rolle der NATO als "Wertegemeinschaft" kommt nämlich gerade dann zum Tragen, wenn eine Regierung die innenpolitische Zustimmung für heikle Missionen oder umstrittene Militäreinsätze gewinnen muss. Es ist offensichtlich, dass in solchen Situationen der Rückgriff auf traditionelle Verbündete weit stärker innenpolitisch legitimierend und konsensbildend wirkt als die Unterstützung von "ad-hoc-Alliierten" oder gar fragwürdigen Bundesgenossen. Darüber hinaus beinhaltet eine demonstrative Zurückweisung der europäischen NATO-Partner in Krisensituationen - etwa weil deren militärische Leistungsfähigkeit als nicht ausreichend erachtet wird - die Gefahr der "self fulfilling prophecy": die notwendigen verteidigungspolitischen Anstrengungen werden von den Europäern gar nicht erst unternommen.

Mitte 2002 wurde die Renaissance des amerikanischen Interesses an der NATO aber von anderen Problemen überlagert. Im Frühsommer wurden detaillierte Pläne der USA für einen Militärschlag gegen den Irak publik, mit dem der Regimewechsel in Bagdad herbeigeführt werden sollte. Die im Verlauf des Jahres immer weiter zunehmende Diskussion um das Pro und Kontra eines solchen Vorhabens beeinflusste auch die Debatte um die Zukunft der NATO und der transatlantischen Beziehungen insgesamt. Die vom deutschen Bundeskanzler - offenbar in völliger Verkennung der Haltung der europäischen Partner und vor allem der derzeitigen Relevanz Deutschlands im Bündnis - bewusst herbeigeführte Eskalation mit der Bush-Administration um eine deutsche Beteiligung an möglichen Militäraktionen im Irak (die zu diesem Zeitpunkt überhaupt nicht zur Debatte stand) verschärfte die Situation dramatisch. Das Resultat dieses außenpolitischen Fehltritts war die dauerhafte Zerstörung der persönlichen Chemie zwischen dem Bundeskanzler und dem amerikanischen Präsidenten - mit der Folge, dass heikle Angelegenheiten künftig nicht mehr auf der Ebene des persönlichen Kontaktes der beiden Staatsmänner ausgehandelt werden können. Mindestens ebenso verheerend wie die deutsche Abfuhr gegenüber den USA war die mit dem Begriff "deutscher Weg" kaschierte Zurückweisung eines gemeinsamen Handelns im Rahmen der Vereinten Nationen. Die Folge war, dass auch in den europäischen Hauptstädten gravierende Bedenken hinsichtlich der deutschen Verlässlichkeit und internationaler Bündnisfähigkeit geäußert wurden. Gerade als in den USA der Gedanke Raum gegriffen hatte, dass man in der Terrorismusbe-

¹ Gerade am Beispiel der NATO lässt sich die Fragwürdigkeit der Aussage des amerikanischen Verteidigungsministers belegen. Die drei Länder, die im Verhältnis zu den eigenen Streitkräftezahlen die größten Kontingente in die Friedensmissionen der NATO auf dem Balkan entsenden, sind Norwegen, Dänemark und Kanada. Keines dieser Länder hat ein direktes Interesse auf dem Balkan, das größer ist als das der übrigen Ländern. Sie entsenden die Kontingente, weil sie von dem Rat der NATO für diese Aufgabe überzeugt sind (und darüber hinaus einen gewissen politischen Gewinn gewinnen). In dem Fall bestimmt also die Allianz die Mission.

kämpfung auf Alliierte angewiesen ist, stellte sich für wichtige Vertreter der Regierung Bush die Frage, ob es denn *diese* Alliierten sind, auf deren Unterstützung man Wert legt. Damit wurde aus dem "Transformation Summit" zunehmend ein "Iraq Summit", auf dem die USA die Verlässlichkeit und die Solidarität der europäischen Verbündeten testen wollten.

II. Konsequenzen von Prag

Der Verlauf des Prager Gipfels im November 2002 und seine Ergebnisse wurden sogleich vor allem von NATO-Vertretern als überwältigender Erfolg und als "Wiedergeburt" des Bündnisses gefeiert. Allerdings entsprechen solch euphorische Bewertungen ebenso wenig der Realität wie die mit großer Regelmäßigkeit vorgebrachten Szenarien vom nahen Ende der Nordatlantischen Allianz. Nüchtern betrachtet bieten die Ergebnisse des Gipfels lediglich eine gute Chance für das Bündnis, sich den neuen sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen anzupassen - ohne dass der Erfolg dieses Unterfangens automatisch garantiert ist. Diese "zweite Chance" der NATO (nachdem die ambitionierten Reformpläne des Washingtoner NATO Gipfels nur teilweise umgesetzt wurden) ist umso realistischer, als die Bush-Administration, ungeachtet der deutsch-amerikanischen Irritationen, eine schrittweise Kurskorrektur zugunsten der NATO vorgenommen hat.² Dabei ist der 11. September nicht der Auslöser, sondern eher der Katalysator für die anstehende Transformation der Allianz. Ihre Wurzeln liegen hingegen bereits ein Jahrzehnt zurück, da mit dem Ende des Kalten Krieges und der Auflösung der Sowjetunion auch die Funktion der NATO als "single purpose"-Organisation endete. Die Anschläge auf New York und Washington haben hingegen den Veränderungsdruck auf die Allianz gebündelt und darüber hinaus einen weiteren Bündniszweck (der bereits im "Neuen Strategischen Konzept von 1999 erwähnt war) betont – den der Terrorismusbekämpfung.

Hier ist die NATO mit einer ambivalenten Situation konfrontiert. Einerseits muss sie sich dieser Aufgabe aus mindestens drei Gründen intensiv widmen:

- Für die Bündnisvormacht USA hat dieser Bereich auf absehbare Zeit höchste Priorität und wird – wie die Anschläge in Djerba, Bali oder Mombasa gezeigt haben – auch die Sicherheitsinteressen der übrigen Mitglieder berühren.
- Damit bietet der Kampf gegen den internationalen Terrorismus eine gemeinsame strategische Perspektive für alle NATO-Partner, die wesentlich zur Stabilisierung der transatlantischen Beziehungen beitragen kann.

² Nationale und Internationale Pressekommentare sprachen nicht zu Unrecht von der "Wiederentdeckung des Bündnisses durch den Hegemon".

- Auch ist der Antiterrorismus-Bereich ein Sektor, in dem die viel zitierte transatlantische "capabilities gap" – also die Lücke zwischen amerikanischen und europäischen Fähigkeiten – kaum vorhanden ist.

Andererseits ist das Ergebnis der Bemühungen offen, erfordern doch die Gefahren des internationalen Terrorismus eine Reihe neuer Gegenstrategien, für die es noch keine Modelle oder Musterbeispiele gibt.

Eine erfolgreiche Transformation des Bündnisses zur Bewältigung der künftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen erfordert vor allem zweierlei: zum einen müssen die NATO-Mitgliedstaaten die in Prag vereinbarten Schritte in dem vorgesehenen Zeitrahmen umsetzen und die hierfür erforderlichen Mittel bereitstellen. Ebenso wichtig ist aber, die Neuausrichtung der NATO gegenüber den Öffentlichkeiten der Mitgliedsländer transparent zu gestalten und offensiv zu vertreten. Das macht eine Strategiedebatte über einzelne Aspekte künftiger Sicherheitsvorsorge und deren politischen oder völkerrechtlichen Implikationen erforderlich. Zu diesem Zweck sollen vier längerfristige Trends in der Entwicklung der NATO herausgestellt werden, die sich aus dem Prager Gipfel ergeben.

1. Die erweiterte NATO - eine "amerikanischere" Allianz

Die Einladung an sieben Bewerberstaaten, Verhandlungen über die Vollmitgliedschaft aufzunehmen, leitet die bislang größte Erweiterungsrunde in der Geschichte der NATO ein. Beim nächsten Gipfeltreffen im Jahr 2004 soll der NATO-Beitritt Bulgariens, Estland, Lettlands, Litauens, Rumäniens, der Slowakei und Sloweniens formal vollzogen werden. Bemerkenswert war nicht nur die Entscheidung selbst, sondern vor allem die Tatsache, dass sie geradezu beiläufig und ohne die heftigen Erweiterungsdebatten der Vergangenheit erfolgte.

Dabei waren es vor allem zwei Faktoren, welche der Erweiterungsfrage ihre bis dahin sowohl NATO-interne als auch mit Blick auf die internationalen Weiterungen gegebene Brisanz nahmen. Zum einen hat die nach ihrer Amtsübernahme gegenüber den NATO-Beitrittsaspiranten zunächst zurückhaltend agierende Bush-Administration nach dem 11.9. ihren Kurs hinsichtlich der NATO-Erweiterung geändert und für eine möglichst große Zahl von Neumitgliedern plädiert. Ein wesentlicher Grund für diese Neubewertung war der amerikanische Wunsch, die Zahl der Helfer im Kampf gegen den Terrorismus zu vergrößern. Auch Länder mit eher bescheidenen militärischen Fähigkeiten könnten sich demnach als wichtige Verbündete für die Vereinigten Staaten erweisen. Dieses Argument wurde vor allem gegen-

über dem Senat vorgebracht, da dieser bei der Ratifizierung der letzten NATO-Erweiterung um Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik gefordert hatte, dass weitere Neumitglieder einen signifikanten militärischen Beitrag leisten müssten.

Eine zweite Entwicklung, die den politischen Zündstoff in der Erweiterungsfrage verminderte, war die mit dem 11. 9. verbundene Neuordnung der Beziehungen zwischen der NATO und Russland. Nachdem Präsident Putin sich - nach kurzer Denkpause - demonstrativ auf die Seite der USA gestellt hatte und deren Kampf gegen den internationalen Terrorismus mit wertvollen Geheimdienstinformationen unterstützt hatte, war der Grundstein für einen Neuanfang gelegt. Im Mai 2002 wurde auf dem NATO-Ministertreffen in Reykjavik und dem NATO-Russland-Gipfel in Rom der bestehende NATO-Russland-Rat in ein neues Gremium überführt ("NATO at 20"), mit dem Moskau mehr Einfluss auf die Entscheidungsfindung des Bündnisses gewann. Im Gegenzug stellt Moskau (stillschweigend) seine Kritik an der NATO-Erweiterung weitgehend ein. Sogar die Einbeziehung der baltischen Staaten in die NATO wurde - wenn auch widerwillig - Kauf genommen.

Ungeachtet des geräuschlosen Verlaufs der Erweiterungsentscheidung stellt sich aber die Frage nach der praktischen Eingliederung von sieben Neumitgliedern in die bestehenden Bündnisstrukturen. Hier hat sich der seit 1999 bestehende "Membership Action Plan", in dessen Rahmen die Beitrittskandidaten mit den Anforderungen einer NATO-Mitgliedschaft vertraut gemacht wurden, als überaus nützlich erwiesen. Alle sieben Kandidaten sind heute deutlich besser auf den NATO-Beitritt vorbereitet, als es die 1999 aufgenommenen Länder Polen, Tschechien und Ungarn waren.

Ein zweites Problem ist die Veränderung der Entscheidungsprozesse im Bündnis, die zum Teil noch auf eine NATO mit 12 Mitgliedern ausgelegt sind. Geht man davon aus, dass es weitere Erweiterungen geben wird, so ist eine NATO mit rund 30 Mitgliedern eine durchaus realistische Perspektive. Um diesem Zuwachs zu bewältigen, sollen vorhandene Strukturen gerade im NATO Hauptquartier in Brüssel gestrafft werden - ein Prozess, der sich in der Realität als sehr mühsam erweisen dürfte.

Eine wesentliche Konsequenz der zunehmenden Mitgliederzahl der NATO ist aber nicht struktureller sondern politischer Natur. Wenn im Jahr 2004 die zweite Erweiterungsrunde nach dem Ende des Kalten Krieges vollzogen sein wird, gehören insgesamt 10 Länder aus Mittelost- und Südosteuropa der NATO an. Jedes dieser Länder hat keinen Zweifel daran gelassen, dass der eigene Beitrittswunsch vor allem von dem Engagement der USA in der NATO beflügelt worden war. Alle Beitrittskandidaten haben - wohl wissend um die vorrangi-

ge Position der USA im Bündnis - vor allem in Washington für ihr Beitrittsinteresse geworben und frühzeitig ihre Unterstützung für Positionen der USA erkennen lassen. Bereits in der vergangenen Beitrittsrunde wurde Polen in der französischen Presse als das "Trojanische Pferd" der USA in der NATO charakterisiert. Bei den derzeitigen Kandidaten wurde die pro-amerikanische Linie auch über den reinen sicherheitspolitischen Bereich hinaus offensichtlich. So stellte sich Rumänien im Streit um den Internationalen Strafgerichtshof demonstrativ auf die amerikanische Seite (und zog damit heftige Kritik von Seiten der EU auf sich), in dem Bukarest im August 2002 schriftlich gegenüber den USA versicherte, keine amerikanischen Bürger vor den ICC zu bringen.

Folglich wird die Allianz durch die nächste Erweiterungsrunde deutlich "amerikanischer" werden - nicht allein aufgrund des militärischen Übergewichts der Vereinigten Staaten, sondern gerade aufgrund des noch weiter steigenden politischen Einflusses der USA. Amerikanische Positionen werden tendenziell auf breitere Zustimmung im Bündnis treffen, woraus sich gravierende Konsequenzen für das transatlantische Verhältnis ergeben können. Das gilt insbesondere für die Verwirklichung des "Europäischen Pfeilers" in der NATO. Zwar wurde auf dem Kopenhagener Gipfeltreffen der EU im Dezember 2002 endlich eine Lösung für die seit langem vom Streit zwischen der Türkei und Griechenland blockierten Übereinkunft zwischen der NATO und der EU gefunden. Die Europäische Union vermag nun gemäß den Regelungen des "Berlin-Plus-Abkommens" für EU-geführte Operationen auf die militärischen Kapazitäten der NATO zurückzugreifen. Trotz dieser Einigung auf eine möglichst enge Verbindung von NATO und EU, verfolgt aber der NATO-Partner Frankreich nach wie vor den Kurs einer größtmöglichen europäischen Autonomie. Hierfür im Nordatlantikat Verbündete zu finden, dürfte künftig noch schwerer fallen.

Gleiches gilt für den von der Bundesregierung apostrophierten "deutschen Weg" der, falls er konsequent eingehalten würde, auf eine Solidaritätsverweigerung gegenüber der USA hinausläuft. Auch hierfür wird sich keine Unterstützung im Bündnis finden.

2. Die steigende Bedeutung des "Militärischen" im Bündnis

Wenn auch die sieben Neumitglieder der NATO nur einen äußerst geringen Beitrag zur Erhöhung der militärischen Kampfkraft des Bündnisses leisten können, so hat die NATO dennoch, nicht zuletzt auf amerikanischen Druck, ein äußerst ambitioniertes Verstärkungs-

programm beschlossen.³ Kern dieser Bemühungen ist das "Prague Capabilities Commitment" und die "NATO Response Force".

Bei dem "Capabilities Commitment" handelt es sich um eine Selbstverpflichtung der NATO-Mitglieder, die deutlich zielgerichteter und vor allem verbindlicher ist, als die 1999 in Washington beschlossene "Defense Capabilities Initiative" (DCI). Während DCI alsbald als "shopping list" aller wünschbaren aber schlicht nicht bezahlbaren Rüstungsprojekten charakterisiert wurde, beschränkt sich die neue Initiative auf vier kritische Bereiche:

1. Verteidigung gegen Massenvernichtungswaffen,
2. Kommunikation und Aufklärung (Command, Control, Communications, Information Superiority),
3. Interoperabilität und Kampfkraft,
4. Rasche Verlegbarkeit von Streitkräften und Durchhaltefähigkeit.

Innerhalb dieser Bereiche haben sich einzelne NATO-Mitglieder auf konkrete Projekte innerhalb der Initiative verpflichtet und stehen gegenüber den übrigen Bündnispartnern im Wort. Darüber hinaus überwacht der Internationale Stab der NATO die Fortschritte des Gesamtprojektes. Er erhält regelmäßige Situationsberichte von Repräsentanten der Mitgliedstaaten und erstellt Berichte für die jeweiligen Treffen des NATO-Rates auf Ministerebene.

Zweiter Kernpunkt der militärischen Verstärkungsmaßnahmen ist die Verständigung auf die NATO Response Force (NRF) für Kampfeinsätze jenseits der Bündnisgrenzen. Diese rasch mobilisierbare Eingreiftruppe soll bis Oktober 2004 eine vorläufige Einsatzreife (initial operational capability) erlangen. Volle Einsatzbereitschaft ist für Oktober 2006 vorgesehen. Die NRF wird sich aus einem "Pool" von NATO-Streitkräften und militärischem Gerät zusammensetzen, der von den Mitgliedsländern auf rotierender Basis bereit gehalten wird. Die USA werden zu diesem Pool ebenfalls einen Beitrag leisten, nicht aber die Hauptlast der Response Force tragen. Bis zu einem ersten Einsatz der NRF müssen noch eine Vielzahl von Detailfragen, etwa nach der Mandatierung, dem Rotationsprinzip und auch nach dem Verhältnis zu der ebenfalls im Aufbau befindlichen Eingreiftruppe der EU geklärt werden.⁴ Bereits jetzt ist aber der vierfache militärische und politische Zweck der Response Force zu erkennen:

³ Eine umfassende und übersichtliche Darstellung bietet: Amerikadienst, NATO: Neue Fähigkeiten für neue Herausforderungen, Übersicht des Weißen Hauses, www.usembassy.de/amerikadienst

⁴ Vgl.: Norbert Eitelhuber, Die NATO Response Force, SWP-Aktuell Nr. 52, Berlin 2002

- Zum einen gibt sie der NATO die Möglichkeit zu einem raschen militärischen Handeln über große Distanzen in einer ganzen Bandbreite möglicher Krisen und Konflikte.
- Zweitens ist sie ein Hilfsmittel zur Modernisierung der europäischen Streitkräfte, um so zumindest in Teilbereichen eine Kompatibilität mit amerikanischen Truppen zu erreichen.
- Drittens bietet sie für die sieben Neumitglieder die Chance, sich rasch in NATO-Strukturen einzubinden und ihre jeweiligen militärischen Nischenfähigkeiten in eine gemeinsame NATO-Kampftruppe einzubringen.
- Viertens, schließlich, ist sie ein politisches Signal für die Bereitschaft der Europäer, ihren sicherheitspolitischen Ambitionen Taten folgen zu lassen - umgekehrt bedeutet sie für die USA den Testfall für das Engagement der europäischen Partner.

Damit ist das Erfolgskriterium der NRF nicht die Zahl der bereitgestellten Soldaten, sondern die militärischen Fähigkeiten, über die diese Truppe (wie groß sie auch letztlich sein mag) verfügt.

Ziel all dieser Bemühungen ist es, die militärische Leistungsfähigkeit des Bündnisses entscheidend zu verbessern. Dies ist nicht allein deshalb erforderlich, um auf künftige Sicherheitsgefährdungen militärisch angemessen reagieren zu können, sondern auch um die politische Bedeutung der NATO als Kern der transatlantischen Sicherheitsbeziehungen zu erhalten. Allerdings hat die steigende Bedeutung des Militärischen zwei wesentliche Konsequenzen. Zum einen werden von den Bündnispartnern größere finanzielle Beiträge gefordert, um beschlossene Maßnahmen auch realisieren zu können. Zum anderen wird sich die politische Bedeutung einzelner Mitgliedsländer verändern. Gewicht und Einfluss im Bündnis werden künftig weniger durch die traditionelle Rolle im Bündnis oder die schiere Größe des Mitgliedslandes bestimmt, sondern stärker an den militärischen Fähigkeiten gemessen, die eingebracht werden können. Dabei zählt nicht allein die Größe des Verteidigungshaushaltes, sondern vor allem die nutzbaren Kapazitäten, die bereitgestellt werden. Kleine Länder oder Neumitglieder können durch sichtbare Anstrengungen oder Bereitstellungen von Nischenfähigkeiten an Gewicht gewinnen, während vermeintliche Schlüsselstaaten im Bündnis in der Hierarchie sichtbar abfallen, wenn sie ihre Streitkräfte nicht entsprechend der künftigen Erfordernisse strukturieren.

3. Hin zu einer "globalen" NATO

Die Aufwertung des Militärischen im Spektrum der Bündnisaufgaben geht mit einem Trend einher, dessen Begrifflichkeit noch vor wenigen Jahren heftige Kritik auslöste: der "Globali-

sierung" der NATO. Als die amerikanische Außenministerin im Jahr 1997 von ihren europäischen Amtskollegen eine "globalized NATO" forderte, um dem veränderten Bedrohungsspektrum Rechnung zu tragen, schlug ihr mehrheitlich Ablehnung entgegen. Für die meisten europäischen Verbündeten erzeugte die Vorstellung einer weltweiter Verantwortlichkeit des Bündnisses das Bild einer NATO als Weltpolizisten, das in den Öffentlichkeiten als nicht vermittelbar angesehen wurde. Auch bei der Erarbeitung des 1999 verabschiedeten Neuen Strategischen Konzepts der NATO war der geografische Geltungsbereich des Bündnisses kontrovers diskutiert worden, ohne das man sich auf eine weltweite Verantwortlichkeit geeinigt hätte. Mit dem 11. September war dann allseits offensichtlich geworden, was auf Expertenebene längst als Gewissheit galt: geografische Distanz spielt eine immer geringere Rolle in der sicherheitspolitischen Bedrohungsanalyse.

Mit den neuen militärischen Kapazitäten strebt die NATO nicht allein eine größere Kampfkraft an, sondern auch die Fähigkeit, *überall und zu jeder Zeit* Streitkräfte einsetzen zu können. Bereits vor dem Prager Gipfel hatte sich der NATO-Rat auf Ministerebene darauf verständigt, künftig über militärische Potentiale zu verfügen, "...die schnell überall dorthin verlegt werden können, wo sie gebraucht werden."⁵ In Prag einigte man sich auf den Aufgabendreiklang "abschrecken, unterbinden und verteidigen" (to deter, disrupt and defend) - wo immer der NATO-Rat es beschließt.⁶ Damit ist eine geografische Begrenzung der Einsatzgebiete von NATO-Streitkräften ausgeschlossen - die NATO kann und wird weltweit agieren, wenn es die Sicherheit ihrer Mitglieder erfordert. Die lange Zeit im Bündnis gültige Unterscheidung des Operationsrahmes in "in area" und "out of area" (die ohnehin fragwürdig war) ist damit endgültig hinfällig geworden. Gleichzeitig wurde mit der Formulierung der Gipfelerklärung ein selbstverständliches Organisationsprinzip der NATO nochmals bekräftigt: jeder Streitkräfteeinsatz ist eine Einzelentscheidung, die einstimmig im NATO-Rat getroffen werden muss. Dadurch ist ein weitgehender Schutz gegen Machtmissbrauch und "Weltpolizistentum" gegeben.

Bemerkenswert ist, dass der Vorwurf des Weltpolizisten, der den vergangenen Jahren gerade von Schlüsselstaaten wie China oder Russland gegenüber der NATO häufig geäußert wurde,⁷ heute kaum noch erhoben wird. Russland hat entsprechende Formulierungen der Prager Gipfelerklärung nicht kritisiert. China, dessen Botschaftsgebäude während des Kosovokrieges

⁵ Kommunique der NATO-Ratstagung in Reykjavik, § 5, 14. Mai 2002.

www.nato.int/docu/other/de/2002/p02-059d.htm

⁶ Prager Gipfelerklärung der NATO, 21. November 2002, § 4, www.nato.int/docu/other/de/2002/p02-127d.htm

⁷ Russlands ehemaliger Präsident Boris Jeltsin warf der NATO vor "...to enter the twentyfirst century in the uniform of a world policeman." Dem würde Russland nach dem Worten des Präsidenten nie zustimmen. Vgl. Brief von Präsident Jeltsin an den Generalsekretär der UN-Abrüstungskonferenz von 24. 3. 1999, www.unog.ch/disarm/curdoc/1583.htm.

irrtümlich bombardiert worden war, hat mittlerweile offiziell um die Aufnahme eines formalen Dialoges mit der NATO gebeten. Anders als in der Vergangenheit, würdigt China heute ausdrücklich die stabilisierende Rolle der NATO in der internationalen Politik.

4. Die NATO auf dem Weg zur Präemption

Der 11. September und die sich daran anschließenden Entwicklungen in der internationalen Sicherheitspolitik haben nicht nur zur Neueinschätzung der Frage nach dem "wo" eines Einsatzes militärischer Macht geführt. Auch das "wie" und vor allem das "wann" von Streikkräfteeinsätzen steht vor einer grundlegenden Neubewertung. Mit den Militärschlägen im Rahmen der Operation "Enduring Freedom" in Afghanistan wurde nicht allein eine gleichsam "privat" agierende Terrorgruppe bekämpft. Darüber hinaus wurde auch in die Souveränität eines Staates eingegriffen, dessen Regierung die terroristischen Zellen im eigenen Land zumindest tolerierte. Angesichts der fast 3000 Todesopfer von New York stellt sich die Frage, ob vor einer möglichen Militäraktion etwa gegen die Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen erst ein "erfolgreicher" Angriff oder Anschlag abgewartet werden muss (der im Bereich der biologischen oder chemischen Waffen tausende Todesopfer fordern würde), oder ob militärische Macht auch vorbeugend eingesetzt werden kann. NATO-Generalsekretär Robertson hat in diesem Zusammenhang bei mehreren Gelegenheiten angemerkt: "Waiting for an attack to take place might not be the best choice".

Das Problem der militärischen "Präemption"⁸ stellt sich für die NATO aus mindestens zwei Gründen. Zum einen hat die Bündnisvormacht USA im September 2002 eine neue Nationale Sicherheitsstrategie (National Security Strategy) veröffentlicht, in der präemptive Militärschläge als eine mögliche Handlungsoption ausdrücklich erwähnt sind.⁹ Wenige Monate später, am 11. Dezember, präsentierte die Bush-Administration ein Grundsatzpapier zur Bekämpfung von Massenvernichtungswaffen, das die Nationale Sicherheitsstrategie in diesem Bereich konkretisierte. Die veröffentlichte Version des Dokumentes spricht davon, "unter Anwendung aller zur Verfügung stehender Mittel" gegen die Gefahr von Massenvernichtungswaffen vorzugehen.¹⁰ Die geheime Version der Strategie, die vom Präsidenten bereits im Mai 2002 als "National Security Presidential Directive 17" gebilligt worden war,

⁸ Von einem präemptiven Angriff spricht man, wenn dieser vor einer unmittelbar zu erwartenden gegnerischen Angriffshandlung stattfindet. Erfolgt ein Militärschlag lediglich auf der Annahme, dass in der nächsten Zeit mit einer Aggression des Gegners zu rechnen ist, so handelt es sich um Prävention.

⁹ Vgl. Karl-Heinz Kamp, Von der Prävention zur Präemption? - Die neue amerikanische Sicherheitsstrategie, in: Internationale Politik, Dezember 2002, S. 19 - 24.

¹⁰ Vgl. Nationale Strategie zur Bekämpfung von Massenvernichtungswaffen, Amerikadienst, 11. 12. 2002, www.usembassy.de/amerikadienst

wird hingegen deutlicher und kündigt präemptive Schläge gegen Staaten oder Terrorgruppen an, die kurz vor der Beschaffung von Massenvernichtungswaffen oder weitreichender Trägersysteme stehen.¹¹

Zwar gibt es keine unmittelbare Verbindung zwischen den jeweiligen strategischen Konzepten der Vereinigten Staaten und der NATO. Allerdings hat in der Vergangenheit jede amerikanische Strategiewechsel die europäischen NATO-Partner früher oder später zu einer Anpassung ihrer eigenen sicherheitspolitischen Konzepte veranlasst. Folglich ist die Frage vorbeugender Militärschläge in den Monaten vor dem Gipfel in den verschiedenen Gremien der NATO angesprochen worden.

Zum zweiten hat die NATO in Prag ein neues Militärisches Konzept zur Bekämpfung des Terrorismus verabschiedet (das im Vergleich zu anderen Gipfelbeschlüssen bislang kaum öffentlich zur Kenntnis genommen wurde), in dem die Option vorbeugenden militärischen Handelns indirekt enthalten ist. Initiiert wurde das neue Konzept mit der Bezeichnung MC 472 von den NATO-Verteidigungsministern, die auf der NATO-Ratstagung im Dezember 2001 einen entsprechenden Auftrag vergaben.¹² In Reaktion auf diesen Beschluss baten die "Military Authorities" zunächst um politische Weisungen für die Erarbeitung der neuen Militärkonzeption - etwa ob möglich Militäraktionen geografischen Begrenzungen unterliegen sollen, welche Art von Aktionen überhaupt vorstellbar sind, ob bestimmte Optionen politisch grundsätzlich ausgeschlossen werden müssen oder wie das Verhältnis zu anderen Institutionen (UNO, EU) im Bereich der Terrorismusbekämpfung sein soll. Auch einige NATO-Staaten (allen voran Frankreich) legten großen Wert auf einen solchen politischen Rahmen, um eine größtmögliche politische Kontrolle möglicher militärischer Aktionen zu gewährleisten. Ende Mai 2002 legte der NATO-Rat diese politischen Weisungen vor und bestimmte damit den politischen Rahmen, in dem das neue Konzept entwickelt werden sollte. Demnach sollten die Militärplaner unter anderem davon ausgehen können, dass

- vom NATO Rat als notwendig erachtete Militäroperationen keinen vorformulierten geografischen Beschränkungen unterliegen,
- die NATO weit über den reinen Zweck der Selbstverteidigung hinaus handeln kann,
- Kooperation mit Nicht-NATO Staaten möglich sein soll,
- Abschreckung und vor allem Vorbeugung grundsätzlich besser ist, als die Konsequenzen eines Anschlages ertragen zu müssen,

¹¹ Vgl. Mike Allen, Barton Gellman, Preemptive Strikes Part of U.S. Strategic Doctrine, in: Washington Post, 11. 12. 2002.

¹² Vgl. NATO-Ministerial Meeting, Statement on Combatting Terrorism, 18. 12. 2001
www.nato.int/docu/pr/2001/p01-173e.htm

- die Kontrolle durch die Mitgliedstaaten gewährleistet sein muss, um einen Automatismus oder eine Verselbstständigung des Militärischen zu vermeiden.

Ausgehend von diesen Vorgaben präsentierte der NATO-Militärausschuss Ende Oktober 2002 das neue Konzept dem NATO-Rat. Es umfasst neben einer Definition terroristischer Aktionen vier Bereiche, in denen die NATO militärisch aktiv werden kann:

1. Schutz vor Terrorismus (*Anti-Terrorism*)

Dies umfasst primär defensive Maßnahmen zur Reduzierung der Verwundbarkeit gegenüber terroristischen Gefahren. Hierzu gehört die Gefahrenanalyse und weitest mögliche Vorwarnung ebenso wie der Erhalt einer effektiven Luftverteidigung oder die Fortentwicklung von Kapazitäten zur Raketenabwehr.

2. Bekämpfung des Terrorismus (*Counter-Terrorism*)

Hierzu gehören offensive Maßnahmen gegen aufwachsende (militärische) Bedrohungen - sogenannte "*counter-force activities*" - auch im Rahmen von Unterstützungsmaßnahmen für andere Organisationen oder Koalitionen, denen NATO-Mitglieder angehören.

3. Aktionen im Katastrophenfall (*Consequences Management*)

Zu denken ist dabei an Streitkräfteunterstützung bei unmittelbaren Hilfsmaßnahmen sowie an Trainings- und Vorbereitungsmaßnahmen für mögliche Schadensfälle.

4. Militärkooperation

Sie kann sich sowohl auf einzelne Länder wie etwa Russland beziehen, oder auf Institutionen wie EU, UNO oder OSZE.

Obwohl in dem Dokument der Begriff "preemption" nicht explizit erwähnt ist, so deuten doch eine Reihe von Formulierungen (um die in intensiven Diskussionen um Prävention und Präemption heftig gerungen worden war) darauf hin, dass ein vorbeugender Einsatz militärischer Macht im Rahmen der Terrorismusbekämpfung nicht ausgeschlossen ist. Allerdings ist auch hier durch das Einstimmigkeitsprinzip der NATO der Schutz vor Missbrauch gewährleistet. Kein NATO-Partner kann die Allianz zu einem vorbeugenden Streitkräfteeinsatz zur Bekämpfung von Terrorismus drängen, ohne die Zustimmung aller übrigen Mitglieder zu gewinnen. Das wiederum erfordert, dass er seine Erkenntnisse offen legt und eine überzeugende Beweiskette präsentiert. Auch ist Präemption lediglich eine *Option* und nicht ein generelles Prinzip für den Einsatz militärischer Macht.

Wenn auch von Seiten der NATO betont wird, dass sich die Überlegungen zu präemptiven Militäreinsätzen allein auf den Bereich der Terrorismusbekämpfung beziehen, so wird sich diese Grenzziehung langfristig kaum aufrecht erhalten lassen. Zum einen wird man in künftigen Krisen nicht immer klar zwischen regionalen Krisen, internationalen Konflikten, Terrorismus oder Proliferation unterscheiden können und zum anderen gehen auch die amerikanischen Überlegungen zu vorbeugenden Einsätzen militärischer Macht weit über den Bereich des Terrorismus hinaus.

Allerdings sind vorbeugende Militäreinsätze weder ein grundsätzlich neues Element der Sicherheitspolitik noch ist die Diskussion hierüber allein auf die NATO beschränkt. Am 7. Juni 1981 bombardierten israelische Kampfflugzeuge den irakischen OSIRAK-Atomreaktor, in dem Spaltmaterial für Kernwaffen produziert werden sollten. Anfangs heftig kritisiert, zeigte sich mit der Aufdeckung des irakischen Atomwaffenprogramms nach dem Golfkrieg 1991, dass die Zerstörung des Reaktors die irakische Kernwaffenentwicklung um Jahre zurückgeworfen hatte. Auch hat Ende 2002 der einem übertriebenen Militarismus unverdächtige Premierminister Australiens, John Howard, nach dem Terroranschlag von Bali präemptive Militärschläge gegen Terrorzellen auch auf dem Territorium anderer Staaten gefordert.

Nicht abschließend beantwortet bleibt aber bisher die Frage nach der Legitimation präemptiver Einsätze und den völkerrechtlichen Konsequenzen. Aus dem in der Charta der Vereinten Nationen festgelegten Recht zur Selbstverteidigung ist ein vorbeugender Einsatz militärischer Gewalt nur mit großen Einschränkungen abzuleiten. Offensichtlich ist aber auch, dass die UN-Charta, die unter völlig anderen politischen, historischen und technologischen Rahmenbedingungen entstanden ist, dem heutigen sicherheitspolitischen Bedrohungsspektrum kaum noch gerecht wird. Die Gefahr durch religiösen Fanatismus oder ethnische Konflikte finden sich darin ebenso wenig, wie das Problem des Terrorismus oder die neuen waffentechnischen Möglichkeiten. Gerade seit Kosovo und dem 11. September 2001 ist der Reformbedarf des Völkerrechts offensichtlich geworden. Dabei geht die Dimension der anstehenden Weiterentwicklung völkerrechtlichen Denkens weit über die Frage der Präemption hinaus und umfasst auch solch grundsätzliche Probleme wie die Unvereinbarkeit des moralischen Anspruchs des Völkerrechts (etwa die universale Geltung der Menschenrechte) und dem immer noch vertretenen Prinzip der Nichteinmischung. Eine weiterführende Debatte wird derzeit durch die aktuelle Irak-Krise erschwert, welche die sicherheitspolitische Diskussion überlagert und eine offenen Austausch kontroverser Positionen kaum möglich macht.

III. Konsequenzen für die deutsche Politik

Während Gipfeltreffen jedweder Art regelmäßig mit der Charakterisierung "historisch" belegt werden, leitet der Prager NATO-Gipfel tatsächlich eine tiefgreifende Neuorientierung der Nordatlantischen Allianz ein. Dabei wurden wesentliche Evolutionsschritte nur angestoßen, die Umsetzung kann erst in den kommenden Jahren erfolgen. Eine solche Transformation ist nicht optional, sondern geradezu zwingend. Nur wenn es gelingt, die "alte" NATO in eine neue Allianz umzuwandeln, die in der Lage ist "to fight the wars of the future",¹³ ist das Überleben des transatlantischen Bündnisses sichergestellt.

Daraus ergibt sich für die Mitglieder der NATO die Aufgabe, die dargelegten Trends in den jeweiligen Öffentlichkeiten zu vermitteln und ihre militärischen Fähigkeiten gemäß den künftigen sicherheitspolitischen Anforderungen anzupassen. Dabei geht es nicht primär darum, einem Bündniskonsens zu entsprechen oder die Erwartungen der Vereinigten Staaten als NATO-Führungsmacht zu erfüllen. Statt dessen sind neue Konzeptionen und Fähigkeiten vor allem deshalb erforderlich, weil die vorhandenen militärischen Kapazitäten in Europa und das gegebene Risikobewusstsein nicht ausreichen, um dem gewandelten Gefährdungsbild gerecht zu werden. Neue Bedrohungen ergeben sich vor allem aus der Kombination von neuen Konfliktformen (innerstaatliche Konflikte), neuer Akteure (nicht-staatliche Akteure) und neuen technologischen Möglichkeiten (Proliferation von Waffen und Trägersystemen). Selbst klassische Aufgaben wie die Landesverteidigung erfordern heute einen Grad der Mobilität und Flexibilität von Streitkräften, wie er noch vor Jahren undenkbar schien. Das gilt umso mehr, wenn Aufgaben wie Konfliktverhütung oder Krisenbewältigung mit in das Kalkül einbezogen werden. Die Aussage von Verteidigungsminister Struck, dass die deutsche Sicherheit auch "am Hindukusch" verteidigt werde trifft zu - bislang fehlt es aber an der Umsetzung der sich daraus ergebenden Konsequenzen.

In keinem der führenden NATO-Mitgliedsländer ist die Diskrepanz zwischen der Vielzahl der Aufträge an die Streitkräfte und den verfügbaren Mitteln so groß wie in Deutschland. Hierzu haben die Verpflichtungen der Bundesregierung etwa gegenüber der EU¹⁴ und der NATO ebenso beigetragen, wie die gestiegene Zahl deutscher Auslandseinsätze.¹⁵ Zur Behebung

¹³ So die Ausführungen des amerikanischen NATO-Botschafters R. Nicholas Burns bei der Manfred-Wörner-Memorial-Lecture der Konrad-Adenauer-Stiftung am 30. 10. 02 in Berlin.

¹⁴ Deutschland hat sich verpflichtet an dem entstehenden Eingreifkorps der EU (Headline Goal) mit 18 000 Mann, mit Satellitenaufklärung und mit Lufttransportkapazitäten zu beteiligen.

¹⁵ Allein die Kosten für die deutsche Beteiligung im Rahmen der Operation "Enduring Freedom" belaufen sich - auf das Jahr gerechnet - auf rund 200 Millionen Euro. Dabei werden die meisten Kosten durch die deutsche Marinepräsenz am Horn von Afrika verursacht, während die fünf ABC Spürpanzer in Kuwait und die Beteiligung deutscher Spezialkräfte an Operationen in Afghanistan kaum ins Gewicht fallen.

dieses Missstandes hat es in der Vergangenheit im wesentlichen zwei Lösungsansätze gegeben: zum einen die Forderung nach einem drastisch höheren Verteidigungsbudget, die - gleich unter welcher Regierungspartei - nur geringe Aussicht auf Realisierung hat. Zum anderen eine eher halbherzig konzipierte Bundeswehrreform, die in zentralen Bereichen wie Streitkräfte-stärken, Standorte oder Wehrform schmerzhaft Entscheidungen zu verhindern sucht.

Das Resultat ist die derzeitige Situation, in der die Bundeswehr im internationalen Vergleich zurückfällt und immer weniger zur Erledigung der ihr übertragenen Aufgaben fähig ist. Daraus ergeben sich nicht nur unmittelbare Sicherheitsgefährdungen, sondern auch negative Rückwirkungen auf die deutsche Rolle im atlantischen Bündnis. Künftig geben Frankreich 2,3 Prozent und Großbritannien 2,9 Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes (BIP) für Verteidigung aus. Die NATO fordert einen Richtwert von 2 Prozent - dies nicht nur von den derzeitigen Mitgliedern, sondern auch von den mit teilweise großen Wirtschaftsproblemen konfrontierten Beitrittsaspiranten. Das deutsche Verhältnis von Verteidigungsausgaben zum BIP liegt bei etwas mehr als 1,4 Prozent - damit könnte Deutschland rein hypothetisch nicht in den NATO aufgenommen werden, wenn es sich um die Mitgliedschaft bewerben würde. Dieses Missverhältnis hat bereits jetzt die deutsche Rolle im Bündnis geschwächt - ein Prozess, der sich in Zukunft beschleunigen wird. In einer NATO, die auf amerikanischen Druck (und mit Unterstützung einer großen Zahl von Mitgliedern) in Zukunft noch stärker auf militärische Leistungsfähigkeit und rasch einsetzbare "Capabilities" ausgerichtet ist, fällt Deutschland weiter zurück. Das gilt umso mehr, als Deutschland in Prag weitreichende Zusagen gemacht hat (Deutschland führt das NATO-Konsortium "Strategischer Lufttransport und ist an weiteren Konsortien zur Beschaffung militärischen Geräts beteiligt), gleichzeitig aber lange beschlossene internationale Rüstungsprojekte aus Geldmangel kürzen muss.

Dabei wird das deutsche Problem zu geringer Verteidigungsausgaben durch interne Faktoren weiter verschlimmert. Derzeit konsumieren die Personalkosten weit über 50 Prozent (je nach Zählweise bis zu 60 Prozent) des derzeitigen deutschen Verteidigungshaushaltes. Entsprechend gering ist der Anteil, der für die Schaffung der geforderten "Capabilities" vorhanden ist. So geben die USA mehr als dreimal so viel Geld pro Soldat für die Forschung, Entwicklung und Beschaffung (FEB) von Ausrüstung, Waffen und Unterstützungssystemen aus. Großbritannien wendet nur unwesentlich weniger auf.¹⁶ Da laut dem Koalitionsvertrag der Rot-Grünen Bundesregierung die Mittelfristige Finanzplanung bestehen bleibt und der Verteidigungshaushalt auf 24,6 Mrd. Euro verstetigt werden soll wird sich an den bestehenden Missverhältnissen kurzfristig kaum etwas ändern. Mittlerweile wird in Paris und London

¹⁶ Wenn für die USA der Wert 1 angenommen wird, so liegt er für Großbritannien etwa bei 0,95 und für Deutschland bei 0,29. Vgl. Reiner K. Huber, Standards und Konvergenzkriterien für die Weiterentwicklung der europäischen Streitkräfte, in: Europäische Sicherheit, Nr 4/2002, S. 45.

schon die Befürchtung geäußert, dass die viel zitierte "Capabilities Gap" nicht allein zwischen den USA und Europa besteht, sondern auch zwischen Deutschland und den beiden anderen großen EU-Mitgliedern.

Wenn der derzeitige Weg in die Sackgasse geführt hat und sich die Bundeswehr immer mehr von den Verbündeten im NATO- und EU-Rahmen abkoppelt, so ist eine grundlegende Kehrtwende erforderlich.¹⁷ Die Bundeswehr ist in ihrer heutigen Form zu groß und falsch zusammengesetzt. Die Wehrform produziert zu große Personalumfänge, bindet Personal im Ausbildungsbereich und führt damit zu schwachen Einsatzkräften. Die Wehrpflicht wird zunehmend nur noch mit dem Argument der Nachwuchsgewinnung gerechtfertigt - die sicherheitspolitische Begründung dieser Wehrform, wie einst von Bundespräsident Roman Herzog gefordert, wird kaum noch gegeben. Veraltetes Material erhöht die Betriebskosten und konsumiert damit Anteile des Verteidigungshaushaltes, der ohnehin nicht ausreicht, die erforderlichen Modernisierungen umzusetzen. Nur eine grundlegende Reform, die nicht an Bestandswahrung oder einem traditionellen Verständnis von Landesverteidigung oder von Begriffen wie "Aufwuchsfähigkeit" orientiert ist, vermag ein Gleichgewicht zwischen Anforderungen und Leistungsfähigkeit der deutschen Streitkräfte wiederherzustellen. Diese Leistungsfähigkeit wird letztendlich die Rolle Deutschlands in der künftigen NATO bestimmen.

Dringend erforderlich ist deshalb eine militärisches und politisches Umsteuern. Militärisch, um Sicherheit auch unter veränderten Rahmenbedingungen gewähren zu können und politisch um nicht durch die Phrasen vom "deutschen Weg" in eine Situation zu geraten, die vergangene Bundesregierungen stets zu verhindern versuchten: der "Singularisierung" Deutschlands in der Nordatlantischen Allianz.

¹⁷ Vgl. hierzu Griephan-Special, Nr. 04/02, Bonn, Oktober 2002.